

Global Weekend of Action 18 – 21 September

#DISRUPTCOMPLICITY IN GENOCIDE

Palestinian civil society calls for escalating disruptive BDS actions *now* against complicit states, corporations and institutions, building up to mass disruption from 18 – 21 September, the UN General Assembly deadline for Israel to end its illegal occupation and apartheid.

Komplizenschaft beim Völkermord unterbinden

Die palästinensische Zivilgesellschaft (in Palästina und im Exil) ruft dazu auf, die störenden BDS-Aktionen gegen mitschuldige Staaten, Unternehmen und Institutionen *jetzt* zu eskalieren und sich auf massenhafte Störungen vom 18. bis 21. September vorzubereiten, der Frist der UN-Generalversammlung für Israel, um seine illegale Besetzung und Apartheid zu beenden.

Besetztes Palästina, 28. August 2025

Die von den Vereinten Nationen unterstützte Initiative "Integrated Food Security Phase Classification" (IPC) hat endlich [bestätigt](#), dass Hunderttausende von Palästinensern, die im Norden des Gazastreifens leben, an einer Hungersnot leiden. Die Hungersnot, die direkt aus der von den USA unterstützten israelischen Politik resultiert, den Hunger als Waffe einzusetzen, wird bis Ende nächsten Monats viele weitere Menschen im südlichen Gazastreifen betreffen, so das IPC. Niemand kann behaupten, er hätte es nicht gewusst. Sogar der mitschuldige UN-Generalsekretär, der während des mehr als 22-monatigen Völkermords in der Regel nichts als "Besorgnis" zum Ausdruck gebracht hat, sah sich schließlich gezwungen, Israel als Verursacher dieser herbeigeführten Hungersnot zu nennen.

Da es um Leben und Tod geht, rufen wir dazu auf, breite Koalitionen zu bilden und, wo immer möglich, auf massive Störungen hinzuarbeiten, die kontextsensitiv, friedlich und strategisch sind, auf komplizenhafte Organisationen abzielen und dazu aufrufen, die Komplizenschaft zu beenden und rechtmäßige Sanktionen, insbesondere umfassende Militär- und Energieembargos, an jedem Tag während des **Disrupt Complicity Weekend (Wochenendes der Störung der Komplizenschaft) vom 18. bis 21. September** zu verhängen. Beispiele hierfür sind¹:

- **Blockieren, Besetzen oder anderweitige Störungen strategischer Autobahnen, Brücken, Häfen, Einrichtungen komplizenhafter Waffen-, Technologie-, Medien-, Finanz- und anderer Unternehmen;**

- **Massenproteste und friedliche Störaktionen vor Regierungsstellen** (z.B. Handels-, Verkehrs- oder Außenministerien) **oder vor [Parlamenten](#)**
- **um sie zur Einhaltung ihrer völkerrechtlichen Verpflichtungen aufzufordern.** Wie [von Dutzenden von UN-Menschenrechtsexperten gefordert](#) gehören dazu:
 - o Verhängung eines "**vollständigen Waffenembargos** gegen Israel, Stopp aller Waffenabkommen, Importe, Exporte und Transfers, einschließlich von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck".
 - o **Die Kündigung oder Aussetzung von "wirtschaftlichen Beziehungen, Handelsabkommen und akademischen Beziehungen** mit Israel, die zu seiner rechtswidrigen Präsenz und seinem Apartheidregime in den besetzten palästinensischen Gebieten beitragen könnten".
 - o Beitritt zur [Haager Gruppe](https://thehaguegroup.org) (<https://thehaguegroup.org>), der bisher vielversprechendsten zwischenstaatlichen Initiative, die darauf abzielt, konkrete Sanktionen und sinnvolle, konsequente Maßnahmen zur Rechenschaftspflicht zu fördern und ihre [Erklärung von Bogotá](#) zu unterstützen und umzusetzen.
 - o Ausschluss des Apartheid-Israels aus der UNO durch Entzug seiner Akkreditierung bei der UN-Generalversammlung und Drängen auf rechtmäßige Sanktionen gegen Israel, ähnlich denen, die gegen die Apartheid in Südafrika verhängt wurden.
- **Streiks²**, wo möglich, und **Verweigerung** (<https://uppsaladeclaration.se/>) **der Komplizenschaft beim Völkermord** aus Gewissensgründen in Institutionen und an Arbeitsplätzen, einschließlich an Universitäten, in Stadträten und anderen Orten;
- **Eskalation von Boykottkampagnen** gegen [vorrangige Ziele](#) der BDS-Bewegung – einschließlich friedlicher Störungen in Geschäften und Firmenbüros sowie Aktionen in den sozialen Medien;
- **Start breit angelegter intersektionaler Kampagnen, um Institutionen – einschließlich Stadträte, Universitäten, Gewerkschaften, Krankenhäuser usw. – gegebenenfalls zu einer ethischen Beschaffungs- und Investitionspolitik zu zwingen**, die Unternehmen ausschließt, die wesentlich und beharrlich an schweren Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord, beteiligt sind.

Die UN-Generalversammlung (UNGA) stimmte im September 2024 zum ersten Mal seit Jahrzehnten mit überwältigender Mehrheit für Sanktionen gegen Israel und bestätigte damit das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024, dass die gesamte Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten illegal ist, eine Apartheid darstellt und beendet werden muss. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen stellte Israel außerdem ein Ultimatum bis zum **18. September 2025, seine illegale Besatzung** des Gazastreifens und des Westjordanlandes, einschließlich Ost-Jerusalems, zu beenden.

Israel hat es nicht nur völlig versäumt, die Besatzung zu beenden, es hat sogar seine völkermörderische Gewalt in Gaza eskaliert, auch gegen UN-Mitarbeiter und -Einrichtungen, und den Landraub, den Siedlungsausbau und die Angriffe auf Palästinenser im Westjordanland dramatisch ausgeweitet. Mehr denn je stellt Israel nicht nur für die Palästinenser, sondern auch für die Menschheit insgesamt eine tödliche Bedrohung dar. Bereits vor einem Jahr [warnten UN-Sonderberichterstatter](#):

"Die Welt steht auf Messers Schneide: Entweder wir reisen gemeinsam in eine Zukunft des gerechten Friedens und der Gesetzmäßigkeit – oder wir rasen auf Anarchie und Dystopie zu und auf eine Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt."

Trotz des Slogans "Nie wieder", der auf den Holocaust folgte, hat die Welt es versäumt, die Völkermorde von Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien bis nach Myanmar zu stoppen. Jetzt haben alle Staaten und zwischenstaatlichen Organe sowie alle Institutionen eine rechtliche, nicht nur ethische Verpflichtung, den weltweit ersten live übertragenen Völkermord zu stoppen – die US-israelischen Nazi-ähnlichen Gräueltaten an 2,3 Millionen Palästinensern im illegal besetzten Gazastreifen. Israels 77 Jahre altes Regime des Siedlerkolonialismus und der Apartheid versucht, "die Arbeit zu beenden", die Überlebenden seiner anhaltenden Nakba, der Enteignung und ethnischen Säuberung zu vernichten.

In dieser schrecklichsten Phase des Völkermords ist sich die palästinensische Zivilgesellschaft einig darin, den Aufruf an die Menschen mit Gewissen auf der ganzen Welt zu wiederholen, ihre immense Trauer und Wut zu kanalisieren, um die Verbindungen der Komplizenschaft von Staat, Unternehmen und Institutionen mit diesem völkermörderischen Regime und mit allen Institutionen und Unternehmen, die seine Verbrechen ermöglichen, zu durchtrennen. **Die höchste moralische Verpflichtung besteht in erster Linie darin, keinen Schaden anzurichten, die Komplizenschaft zu beenden.**

Noch nie waren wir so nah daran wie jetzt, ein umfassendes und wirksames Sanktionsregime zu verhängen. Immer mehr Staaten und Kommunen gehen dazu über, Teilsanktionen zu verhängen und Verbindungen und Verträge zu überprüfen. Die globale Mehrheit steht heute klar zur Befreiung der Palästinenser, und selbst in Staaten, die Israels Partner beim Völkermord sind, wie in den USA, Deutschland, Großbritannien, der Niederlande und anderen, [sehen heute Mehrheiten Israel negativ](#) und unterstützen die Rechte der Palästinenser. Sie treiben eine informelle, aber nicht weniger wirkungsvolle [Isolierung](#) Israels voran. Wir müssen diese potenzielle Energie in den Aufbau einer kritischen Masse lenken, die mitschuldige Regierungen, Unternehmen und Institutionen *dazu zwingen* kann, ihre Komplizenschaft zu beenden.

Nie wieder ist wirklich jetzt.

Gemeinsam können und müssen wir jede Komplizenschaft mit Israels "Endlösung" für die indigene Bevölkerung Palästinas aufkündigen. Gemeinsam können wir die Abschaffung der israelischen Apartheid unterstützen, so wie die südafrikanische Apartheid abgeschafft wurde.

- Palästinensischer Gewerkschaftsbund (PGFTU - Gaza)
- Rat der Nationalen und Islamischen Kräfte in Palästina
- Palästinensisches BDS-Nationalkomitee (BNC)
- Globale Koalition für das Recht auf Rückkehr Palästinas
- Allgemeine Gewerkschaft der palästinensischen Arbeiter
- Palästinensische Föderation der Neuen Gewerkschaften
- Allgemeine Gewerkschaft der palästinensischen Lehrer (GUPT)

- Palästinensische Föderation der Gewerkschaften der Universitätsprofessoren und -Angestellten (PFUUPE)
- Allgemeine Union der palästinensischen Frauen
- Allgemeiner Verband palästinensischer Schriftsteller
- Vereinigung der Ingenieure - Zentrum Jerusalem
- Palästinensische Rechtsanwaltskammer
- Allgemeine Union der palästinensischen Bauern
- Palästinensische Gewerkschaft der Post-, IT- und Telekommunikationsbeschäftigten
- Verband der Berufsverbände
- Palästinensisches NGO-Netzwerk (PNGO)
- Palästinensisches Nationales Institut für NGOs
- Bund Unabhängiger Gewerkschaften
- Syndikat der Tierärzte - Zentrum Jerusalem
- Initiative für besetztes Palästina und die syrischen Golanhöhen (OPGAI)
- Union der palästinensischen Bauern
- Palästinensische Graswurzelkampagne gegen die Apartheidmauer (STW)
- Palästinensische Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI)
- Koordinationskomitee für Volkskämpfe (PSCC)
- Bürgerkoalition zur Verteidigung der Rechte der Palästinenser in Jerusalem
- Koalition für Jerusalem
- Union der Institutionen und Aktivitäten der Palästinensischen Gemeinschaften in Europa (IGMAH)
- Palästinensische Jugendbewegung (PYM)
- Palästina-Gemeinschaft in Belgien und Luxemburg
- Palästinensische Gemeinde von Katalonien
- Union der palästinensischen Wohltätigkeitsorganisationen
- Frauenkampagne zum Boykott israelischer Produkte
- Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften
- Nationales Komitee für den Widerstand an der Basis
- Gewerkschaft der Beschäftigten der Southern Electricity Company
- Verband der Angestellten des Finanzsektors, Palästina
- Verband der Beschäftigten im Gesundheitswesen
- Gewerkschaft der Beschäftigten in Kindergärten und Privatschulen
- Jawwal Employee Association
- Vereinigung der Gewerkschaften in den Kommunalbehörden - Hebron
- Palästinensische Elektrikergewerkschaft – Hebron

¹ Um rechtliche Risiken zu minimieren, rufen wir immer dazu auf, zuerst erfahrene Anwälte zu konsultieren.

² Wo ein Streik den Arbeitern erheblichen Schaden zufügen könnte, melden Sie sich stattdessen krank – Sie haben die Nase voll von Israels Völkermord und dem Hungertod als Waffe und haben die Komplizenschaft Ihrer Institution bei beidem satt.

Quelle: <https://bdsmovement.net/news/disruptcomplicity-genocide-sanctions-now>
 Übersetzung: Redaktion von 'Sand im Getriebe',
<https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroeffentlichungen-zum-thema-israel-palastina>